

DRINGLICHE INTERPELLATION von Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich)

betreffend Untersuchungen bezüglich illegalem, privatem Handel mit Militärmaterial im kantonalen Zeughaus Zürich.

Aufgrund mir vorliegenden Informationen bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Trifft es zu, dass betreffend illegalem, privatem Handel mit Militärmaterial im kantonalen Zeughaus Zürich die Militärdirektion von Ende 1993 bis Mai 1994 eine Voruntersuchung durchgeführt hat und im September 1994 abermals diesbezüglich eine Untersuchung eingeleitet hat?
2. Weshalb wurde im Mai 1993 auf eine formelle Untersuchung verzichtet und warum liegen bei der laufenden Untersuchung bis heute keine entlastenden oder belastenden Ergebnisse vor, nachdem die Mitarbeiterbefragung im Oktober 1994 abgeschlossen wurde?
3. Weshalb hat die Militärdirektion bis heute keine Strafanzeige eingereicht, nachdem seit Ende 1993 bei ihr und beim kantonalen Ombudsmann verschiedene Zeugenaussagen eingegangen sind?

Hans-Peter Portmann

Benedikt Gschwind
Anton Schaller
Ernst Frischknecht
Stephan Schwitter
Gustav Kessler
Thomas Büchi
Kaspar Günthardt

Esther Zumbrunn
Peter Reinhard
Peter Grau
Germain Mittaz
Nancy Bolleter-Malcom
Dr. Marie-Therese Büsser-Beer
Felix Müller

Erich Hollenstein
Lucius Dürr
Hans Rudolf Metz
Peter Biemann
Dr. Rudolf Aeschbacher
Dr. Josef Gunsch

Begründung:

Bereits im Jahre 1987 wurde in einer Administrativuntersuchung und in einem Disziplinarverfahren festgestellt, dass Erlöse aus verkauften Gegenständen nicht ordnungsgemäss verbucht wurden und in eine Personalkasse flossen. Von ehemaligen Mitarbeitern wird nach wie vor behauptet, dass bis Mitte 1990 eine "schwarze Kasse" bestanden hätte. 1993 wurde nun wiederum die Militärdirektion mit ähnlichen Vorwürfen konfrontiert und war bis heute (2 1/2 Jahre später) nicht in der Lage, diese Anschuldigungen abschliessend zu klären. Es scheint, dass in dieser Sache nur durch eine öffentlich breiter abgestützte Untersuchung ein Abschluss gefunden werden kann. Gerade in einer Zeit, wo das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Politik und Behörden angeschlagen ist, müssen solche Vorwürfe im Interesse der Steuerzahler und der unter dieser Arbeitssituation leidenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen raschmöglichst geklärt werden.